

**AJC**

Berlin  
Ramer  
Institute

# **ANTISEMITISMUS IM DEUTUNGSKAMPF**

**Anmerkungen zur Studie „Antisemitismus  
als Problem und Symbol – Phänomene und  
Interventionen in Berlin“ des Zentrums für  
Antisemitismusforschung**



# EINLEITUNG

Die islamistischen Terroranschläge von Paris, Brüssel, Burgas und Toulouse in den letzten zwei Jahren sowie die oftmals offenen jüdenfeindlichen Demonstrationen im Sommer 2014 haben das Thema Antisemitismus in den Fokus der politischen Öffentlichkeit gerückt.

Auf der Suche nach Antworten, wie man den Antisemitismus eindämmen und verhindern kann, stehen sich allerdings sehr unterschiedliche Ursachenanalysen und politische Schlussfolgerungen gegenüber.

Spätestens seit der viel zitierten Berliner Erklärung der OSZE zum Thema Antisemitismus von 2004 gibt es einen offenen Deutungskampf über die Bewertung des Antisemitismus in Bezug auf Israel und den Nahostkonflikt sowie über die Verbreitung des Antisemitismus in muslimischen Milieus. Zwar heißt es in der Berliner Erklärung unmissverständlich, dass politische Fragen etwa im Nahen Osten niemals Antisemitismus rechtfertigen dürften, doch hat sich seitdem der Streit über den Zusammenhang von Kritik an Israel und Antisemitismus und über die Einschätzung des Ausmaßes an Antisemitismus unter Muslimen stark zugespitzt.

Immer mehr verbreitet sind Meinungen, die Antisemitismus primär als Reaktion auf die Politik Israels zurückführen wollen. Der Umstand, dass alle antisemitischen Terroranschläge in den letzten Jahren von muslimischen Tätern ausgeführt wurden, hat jedoch die Frage nach dem Ausmaß des Antisemitismus unter Muslimen mehr ins Blickfeld gerückt.

In diesen Fragen ringen sowohl die Fachwelt als auch die Öffentlichkeit um Deutung von Ursache und Wirkung dieses Problems. In der öffentlichen Reaktion auf die jüngsten Anschläge von Paris beispielsweise gab es unterschiedliche Erklärungen und Darstellungen, mitunter auch Schuldzuweisungen. Während sich manche in ihrer Annahme bestätigt sehen, dass der Islam eine Gefahr für Europa darstelle, befürchten andere, der Islam werde zum Sündenbock gemacht. Die Frage nach der Zukunft der Sicherheit jüdischen Lebens findet in dieser Auseinandersetzung allerdings oftmals wenig Beachtung, was jüdische Gemeinden in ganz Europa verunsichert.

Auch nach den anti-israelischen Demonstrationen im vergangenen Jahr wurde vielfach kontrovers über die Grenzbereiche zwischen Israelkritik und Antisemitismus diskutiert. Einige haben judenfeindliche Losungen und Sprechchöre als legitime Reaktion auf die Politik Israels gegenüber den Palästinensern bewertet und antisemitische Auswüchse in ihrer Bedeutung relativiert. Konkrete Handlungsempfehlungen im Umgang mit diesem sich zuspitzenden Thema blieben jedoch trotz bisweilen eindrucksvoller politischer Statements weitestgehend aus.

Vor diesem Hintergrund wurde die Veröffentlichung der Studie „Antisemitismus als Problem und Symbol – Phänomene und Interventionen in Berlin“ des Zentrums für Antisemitismusforschung (ZfA) der TU Berlin im Auftrag der Landeskommision Berlin gegen Gewalt mit Spannung erwartet.

Als eine der zentralen Einrichtungen in der politischen und pädagogischen Auseinandersetzung mit dem Thema Antisemitismus wurde für diese Studie auch das AJC Berlin Ramer Institute for German-Jewish Relations befragt.

Dieser Kommentar geht kritisch auf entscheidende Kernprobleme der Studie ein<sup>1</sup> und will damit einen Beitrag zu einer Auseinandersetzung leisten, die über das Land Berlin hinaus globale Bedeutung besitzt.

## Kernprobleme der Studie im Überblick

In einer Zeit, in der Maßnahmen zur jüdischen Sicherheit europaweit aufgestockt werden und Juden in einigen europäischen Ländern wegen des nachweislichen Anstiegs antisemitischer Stimmungen und Gewalttaten über den Verbleib in ihren Heimatländern nachdenken müssen, verfehlen Grundansatz und Tenor der Studie das Ziel, Leitlinien einer nachhaltigen Arbeit zur Bekämpfung des Antisemitismus darzulegen.

Zwar spiegelt die Studie korrekt wider, mit welchen strukturellen und finanziellen Schwierigkeiten viele NGOs konfrontiert sind, doch vermittelt sie insgesamt eher einen kritischen Eindruck über die Vielzahl der NGOs, die hauptsächlichlicher Untersuchungsgegenstand der Studie sind.

Mithilfe eines vereinfachten wissenschaftlichen Rasters und einer oftmals polarisierenden und mitunter wertenden Sprache wird die Arbeit zahlreicher renommierter NGOs und jüdischer Organisationen undifferenziert als einseitig pro-israelisch dargestellt und damit in Misskredit gebracht.

Die Autoren stellen darüberhinaus sogar wiederholt eine antisemitische Bedrohung in Frage. NGOs und jüdische Organisationen würden angeblich das Problem übertreiben, um ihre Arbeit zu legitimieren.

<sup>1</sup> Im Verlauf dieses Kommentars werden Zitate, die direkt aus der Studie stammen, mit der jeweiligen Seitenzahl belegt.

Auch Antisemitismus-Definitionen, die unter Praktikern weitestgehend Anwendung finden, weisen die Autoren als überzogen zurück. Allein der Titel „Antisemitismus als Problem und Symbol“ verdeutlicht ein Grundproblem der Studie. Am Ende der Lektüre erscheint Antisemitismus weniger als relevantes gesellschaftliches Problem, sondern eher als ein Problem derjenigen, die sich gegen Antisemitismus einsetzen.

An einigen Stellen vertreten die Autoren darüber hinaus tiefgreifende gesellschaftskritische Hypothesen, die etwa die bestehende Erinnerungskultur an den Holocaust sowie die besondere Beziehung Deutschlands zu Israel in Frage stellen und in letzter Konsequenz als ein Hindernis in der pädagogischen Auseinandersetzung mit dem Thema Antisemitismus begreifen.

Trotz der Erfahrungen aus dem Sommer 2014 und der Erkenntnis, dass die Diskussion über Israel leicht in Antisemitismus abgleiten kann, spielt die Studie den Zusammenhang von Antisemitismus, radikaler Kritik an Israel und Antizionismus herunter. Statt Grenzüberschreitungen in diesen Bereichen deutlich zu machen, um klarzustellen, wie einseitige und übertriebene Israelkritik Antisemitismus befeuern kann, ist die Studie eher darauf fokussiert, Israelkritik vor dem Vorwurf des Antisemitismus zu verteidigen. Dies geht mitunter so weit, dass eine Gruppe, die an der Organisation der skandalträchtigen Veranstaltung von Israelkritikern im Bundestag (Stichwort „#Toilettengate“) beteiligt war, als wichtige Anlaufstelle gegen Antisemitismus bezeichnet wird.

Die Studie greift allerdings auch wichtige Problemstellungen in der Arbeit im Umgang mit Antisemitismus auf, die politisch beantwortet werden müssen. Dies betrifft zum einen die Frage des Meldewesens antisemitischer Delikte. So konstatiert die Studie beispielsweise, *„dass die Gesamtzahl [...] antisemitischer Straftaten wohl deutlich über dem in der PMK [Politisch Motivierte Kriminalität] statistisch erfassten Ausmaß liegt“* (S. 32).

Zudem wird laut Studie durch die offiziellen Statistiken kaum bekannt, aus welchen Trägergruppen antisemitische Straftaten erfolgen. Des Weiteren macht die Studie die oftmals schwierigen Arbeitsverhältnisse der verschiedenen Akteure im Kampf gegen Antisemitismus sichtbar (begrenzte Modellprojekte und Arbeitsverhältnisse, fehlende Anschlussförderungen, Planungsunsicherheit usw.). Auch der Überblick über die in Berlin arbeitenden Initiativen gegen Antisemitismus ist hilfreich.

Politik und Regierung müssen diese offengelegten Schwachstellen unter Einbeziehung entsprechender Vereine und Initiativen angehen, sofern sie eine solide Grundlage für die kontinuierliche Arbeit gegen Antisemitismus schaffen wollen.



# AUSSAGEN DER STUDIE

## Antisemitismus-Kritik als politische Macht- und Delegitimierungsstrategie

Die Studie betrachtet weniger die Problembehandlung des Antisemitismus als die angebliche Verwendung des Antisemitismusvorwurfs als vermeintliches Herrschaftsinstrument der Bundesrepublik Deutschland. Diesem Ansatz folgend wird der bundesrepublikanische Grundkonsens, der die Erinnerung an den Holocaust und die Ächtung des Antisemitismus umfasst, von den Verfassern als hinderliches Problem definiert.

Die Autoren der Studie sprechen ihre eigenen kritischen Einstellungen gegenüber der Bedeutung der deutsch-israelischen Beziehungen offen an. In ihren Empfehlungen für die Bildungsarbeit fordern sie unter anderem eine kritische Behandlung des *„Anti-Antisemitismus in Kombination mit Israelsolidarität als Regierungsposition“*, der laut Autoren allzu oft für *„politische Macht- und Delegitimierungsstrategien“* instrumentalisiert werde (S. 93).

In Bezug auf Israel heißt das nach Meinung der Autoren konkret, dass die Bedeutung der deutsch-israelischen Beziehungen (Staatsräson) in Frage zu stellen ist. Dabei klammert die Studie aus, dass schon jetzt das Thema Israel kaum Beachtung in der Aus- und Fortbildung für Lehrkräfte findet. Weder in den pädagogischen Empfehlungen noch an anderer Stelle in der Studie wird Israel als Demokratie und Partner Deutschlands im Kampf gegen den Terrorismus positiv erwähnt. Dabei könnte beispielsweise eine vielschichtiger Darstellung Israels dazu dienen, Vorurteile und einseitige Wahrnehmungen des Landes abzubauen.

Wie die vorläufigen Ergebnisse der Deutsch-Israelischen Schulbuchkommission offenlegen, wird Israel in deutschen Schulbüchern sehr einseitig dargestellt und hauptsächlich auf den Nahost-Konflikt reduziert. Die mit renommierten Schulbuchforschern besetzte Kommission gab dies bereits 2013 während einer Tagung im Auswärtigen Amt bekannt. Die Studie hat diese Ergebnisse in ihrer Untersuchung jedoch nicht berücksichtigt.

Hingegen beschäftigt sie sich mit der sogenannten Instrumentalisierung des Antisemitismus-Vorwurfs. Als Geschädigter wird etwa die Partei Die Linke ausgemacht, die „ohne Substanz in Anschlag“ gebracht werde – „mit wiederum beträchtlichen Folgen für die Betroffenen“ (S. 22). Diese Schwerpunktsetzung kann leicht als ein Versuch missverstanden werden, die Täter-Opfer-Zuordnung umzudrehen.

## Nahostkonflikt als Schwarz-Weiß-Problem

In Bezug auf den Nahostkonflikt vertreten die Autoren eine wenig differenzierende Haltung. So legen sie sich auf einen einfachen Dualismus fest, der eine reflektierte Position in Bezug auf den Nahostkonflikt ausschließt. Demnach stünden global „antisemitismuskritische und zugleich tendenziell pro-israelische Positionen“ mit „pro-palästinensischen und zugleich antisemitismusverharmlosenden Standpunkten“ gegenüber (S. 23). Diese Perspektive lässt verschiedene Schattierungen außer Acht, die sich in der öffentlichen Debatte zum Thema wiederfinden, etwa Positionen gegen Antisemitismus auf der einen und zugleich dezidiert israelkritische Positionen auf der anderen Seite. Die in der Studie präsentierte Sichtweise entspricht demnach einem Schwarz-Weiß-Muster, das keineswegs der Realität entspricht.

Nicht allein die anti-israelischen Proteste des vergangenen Sommers verweisen auf den Grenzbereich zwischen Israelkritik und Antisemitismus. Auch im Untersuchungszeitraum der Studie (2010 bis 2013) gab es im Nahen Osten Ereignisse, wie die sogenannte Gaza-Flottille und die Evakuierung der „Mavi Marmara“, die in Europa und auch in Berlin zum Teil heftige Debatten und Demonstrationen auf der Straße auslösten. Auch die in Berlin regelmäßig stattfindenden Al-Quds-Demonstrationen, auf denen Anhänger des iranischen Regimes und der terroristischen Hisbollah offen demonstrieren, verweisen auf eine Kontinuität dieser Problematik.

Diese Ereignisse hätten allesamt genug Anlass für eine wissenschaftliche Untersuchung geboten, die allgemeinverständlich an konkreten Beispielen eine mögliche Grenzüberschreitung von Kritik zu Antisemitismus hätte deutlich machen können, ohne dabei in pauschalisierende Schwarz-Weiß-Muster zu verfallen. Anstatt beispielsweise konkrete Sprechchöre und Spruchbänder antiisraelischer Demonstrationen der vergangenen Jahre zum Untersuchungsgegenstand zu machen und herauszuarbeiten, wo Israel als Projektionsfläche für Antisemitismus missbraucht wird, bleibt die Studie auf der Ebene einer theoretischen Abhandlung ohne konkreten Bezug zur Praxis.

Mit dem konstruierten Dualismus, der eher einem bestimmten politischen Diskurs als einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung entspricht, wird implizit zum Ausdruck gebracht, dass zum Beispiel jüdische und/oder pro-israelische Organisationen angeblich jegliche Kritik an Israel per se als antisemitisch bezeichnen würden. Diese Darstellung – in der Studie durch keinerlei Belege gestützt – sowie die tägliche Kritik breiter Teile von Politik und Medien an der Politik Israels können sogar eher zu einer Stärkung antisemitischer Stereotype denn zu ihrer Eindämmung beitragen.

## Jüdische Organisationen übertreiben Problem des Antisemitismus

Viele der befragten Experten und Organisationen haben sich dem AJC Berlin Ramer Institute gegenüber besorgt über die Verwendung der Interview-Aussagen geäußert, die in der Studie häufig aus dem Zusammenhang gerissen und in einen falschen Kontext gesetzt wurden. Dies wird insbesondere im Kapitel über jüdische Organisationen deutlich, denen der Vorwurf gemacht wird, das Problem des Antisemitismus falsch oder verzerrend darzustellen. So berichteten viele jüdische Experten von alltäglichen antisemitischen Vorfällen etwa im Bildungsbereich oder im Sport. In der Studie heißt es hingegen:

*„Charakteristisch für die jüdischen Perspektiven ist, dass einzelne Vorkommnisse von herausragender symbolischer Bedeutung im Zentrum der eigenen Bedrohungswahrnehmung stehen [...]“* (S. 43).

Hieraus schließen die Autoren, *„dass es sich bei den emblematischen Vorfällen weniger um typische handelt, als vielmehr um besonders zugespitzte Vorkommnisse, in denen sich eine Grundwahrnehmung von (potenzieller) Bedrohung mit einem extremen und ängstigenden Realisierungsszenario und verschiedenen kleineren Vorkommnissen verbindet“* (S. 44).

In dieser verklausulierten Darstellung wird implizit behauptet, dass vielerlei Ängste und Sorgen jüdischer Gemeinden, Vereine und Organisationen weniger auf tatsächlichen Vorkommnissen beruhen, sondern auf Basis von Stimmungen, Ängsten oder gar Vorurteilen entstehen. Noch dazu werden diejenigen jüdischen Organisationen, die Antisemitismus offen thematisieren, in Zweifel gezogen:

*„Die hier als jüdisch vorgestellte Sichtweise, die Bedrohungen in den Vordergrund stellt, umfasst Positionen von mehr oder weniger aktiv im Themenfeld Engagierten und ist nicht unumstritten“* (S. 44).

Trotz der besorgniserregenden Entwicklung, dass jüdische Schüler vermehrt öffentliche Schulen zugunsten privater oder jüdischer Schulen verlassen, stellen die Verfasser in Frage, ob tatsächlich die *„Zugehörigkeit zum Judentum ausschlaggebend für Konflikte sei“* oder nicht eher die *„Verhaltensauffälligkeiten des Kindes“* (S. 46). In einem anderen Absatz heißt es, dass die Schule auch häufig *„ohne konkrete Diskriminierungserfahrung“* gewechselt werde, um sich der *„Konfrontation mit muslimischen Mitschüler/innen zu entziehen“* (S. 42).

Diese Darstellung kann als eine Relativierung des Antisemitismus verstanden werden, die den zahlreichen Eindrücken und Berichten etwa der Jüdischen Gemeinde zu Berlin oder anderen Bildungsträgern widerspricht. So berichten auch die Experten etwa des Landesinstituts für Schule und Medien in Berlin (LISUM) von einer weiten Verbreitung des Schimpfworts „Jude“ an Berliner Schulen.

In diesem Zusammenhang ist auch auf eine Studie der EU Fundamental Rights Agency (FRA) von 2013 zu verweisen, die Juden in ganz Europa nach ihrer Einschätzung zur Gefahr des Antisemitismus befragte. 61 Prozent der Befragten gaben an, dass das Thema in Deutschland ein großes Problem darstelle und gar 68 Prozent sagten, das Problem habe sich in den letzten fünf Jahren verschlimmert. Fast ein Drittel der Befragten hat Antisemitismus im Alltag wahrgenommen. 63 Prozent gaben an, in der Öffentlichkeit keine jüdischen Symbole mehr zu tragen.

## „Gute“ und „schlechte“ Ansätze gegen Antisemitismus

Die große Vielfalt an Ansätzen in der pädagogischen Arbeit reduzieren die Verfasser in positive („*abwägende*“) und negative („*pessimistische*“) Perspektiven. Während sie die pessimistische Position als „*stark generalisierend*“ und „*dramatisch*“ etikettieren, beschreiben sie die „*abwägende*“ Position als „*objektiv*“ sowie „*vorsichtig und komplex*“. Jüdische Organisationen werden nach diesem Schema weitestgehend dem „*pessimistischen*“ Lager zugerechnet.

Darüber hinaus bezeichnen die Autoren einige Akteure in diesem Bereich als „*Lobbyorganisationen*“, so etwa in einer Passage, die über pädagogische Ziele von NGOs aufklärt (S. 58). Statt positiv über die Zusammenarbeit von Politik und demokratischer Zivilgesellschaft zu sprechen, attestiert die Studie einigen Akteuren in negativer Weise einen großen Einfluss auf die staatliche Bildungspolitik.

Mithilfe des in Deutschland sehr negativ behafteten Begriffs „Lobbyismus“ sollen offenbar den Autoren unliebsame Organisationen in Frage gestellt werden. Denn indem sie den Begriff des Lobbyismus kritiklos übernehmen, verstärken sie nur Ressentiments und ziehen auch entsprechende Bildungsprogramme in Zweifel.

Nicht nur die Arbeit jüdischer Organisationen, sondern auch Aktivitäten renommierter zivilgesellschaftlicher Organisationen wie der Amadeo Antonio Stiftung die sich unter anderem der Kampagnenarbeit gegen Antisemitismus widmen, werden diskreditiert. So heißt es in der Studie:

*„Sowohl der öffentlichen Skandalisierung antisemitischer Ereignisse als ‚Antisemitismus‘ (‚Aktionswochen gegen Antisemitismus‘) wie der konzeptionellen Orientierung der Bildungsarbeit an der Kategorie Antisemitismus liegt eine entkonkretisierende Perspektive zugrunde“ (S. 64).*

Dass eine Studie des Zentrums für Antisemitismusforschung (ZfA) ausgerechnet Antisemitismus wiederholt in Anführungszeichen setzt und damit als Phantomproblem darstellt, wirft Fragen nach dem Grundverständnis des Antisemitismus-Begriffs dieser Studie auf.



## Ablehnung der anerkannten „Arbeitsdefinition Antisemitismus“

Ein Angriffspunkt der Studie ist die „Arbeitsdefinition Antisemitismus“, die jüngst durch das Civil Society Forum der OSZE im November 2014 hervorgehoben und zur Anwendung vorgeschlagen wurde.<sup>2</sup> Diese Arbeitsdefinition, 2005 von der Vorgängerorganisation der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) verabschiedet, wird von Regierungen und Parlamenten empfohlen und ist zudem auch Arbeitsgrundlage einer Vielzahl an NGOs in Berlin.<sup>3</sup>

Die Autoren der Studie gehen davon aus, dass Antisemitismus in der Regel zu unklar definiert wird. Dabei beziehen sie sich auf Annahmen, die behaupten, es gebe eine Tendenz, alles Problematische als antisemitisch zu bezeichnen (S. 49). In der Studie wird entsprechend dieser Annahme die Arbeitsdefinition dahingehend kritisiert, dass sie „eine große Breite der Anwendung“ zuließe (S. 51).

Die „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ erklärt entgegen dieser Annahme anhand konkreter Aussagen, wie sich Antisemitismus in Bezug auf den Nahostkonflikt ausdrücken kann (vgl. hierzu European Forum on Antisemitism). Beispiele der Arbeitsdefinition sind unter anderem „das Abstreiten des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z. B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen“ oder „die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet und verlangt wird“.

Weitere Beispiele sind etwa „das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (z. B. der Vorwurf des Christismordes oder die Ritualmordlegende), um Israel oder die Israelis zu beschreiben“, „Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten“ oder auch „das Bestreben, alle Juden kollektiv für Handlungen des Staates Israel verantwortlich zu machen“.

Die Arbeitsdefinition differenziert demnach konkret, in welchem Zusammenhang von Antisemitismus in Bezug auf Israelkritik die Rede sein kann. Entsprechend dieser Definition hatte das AJC Berlin Ramer Institute im Jahr 2013 Beschwerde über eine Karikatur in einer führenden deutschen Tageszeitung beim Deutschen Presserat eingelegt, die von dessen unabhängigem Gremium als Verstoß gegen den Pressekodex gewertet wurde.<sup>4</sup>

<sup>2</sup> Vgl. hierzu die Empfehlungen des Civil Society Forum vom 12. November 2014: [www.osce.org/odihr/126836](http://www.osce.org/odihr/126836) (29. Januar 2015).

<sup>3</sup> Die Arbeitsdefinition „Antisemitismus“ ist auf der Website des European Forum on Antisemitism zu finden: [www.european-forum-on-antisemitism.org/working-definition-of-antisemitism/deutsch-german/](http://www.european-forum-on-antisemitism.org/working-definition-of-antisemitism/deutsch-german/) (29. Januar 2015).

<sup>4</sup> Beschwerde des American Jewish Committee beim Deutschen Presserat: [www.ajc-germany.org/sites/default/files/Beschwerde%20des%20AJC%20beim%20Deutschen%20Presserat.pdf](http://www.ajc-germany.org/sites/default/files/Beschwerde%20des%20AJC%20beim%20Deutschen%20Presserat.pdf) (29. Januar 2015).

## Antisemitismus als Reaktion auf Erinnerungskultur und Staatsräsön

Während die Verfasser der Studie bestehende Konzepte der Antisemitismus-Definition etwa als zu unkonkret kritisieren, schlagen sie vor, den Antisemitismus „*in Relation*“ zu setzen und einen „*kritischen Blick auf die Mehrheitsgesellschaft*“ zu werfen.

Die Verfasser zweifeln daran, „*inwiefern antisemitische Äußerungen unter Umständen weniger Ausdruck entsprechender Weltbilder*“ seien, „*sondern eine strategische Abgrenzung von den Ritualen der politischen Kultur der Mehrheitsgesellschaft oder im Falle nahostkonfliktbezogener Phänomene Ausdruck von Konfliktdynamiken realer Konflikte und nicht generalisierte Feindschaft gegen Jüdinnen und Juden*“ (S. 46).

Übersetzt heißt das: Die Grundfesten der deutschen Nachkriegsdemokratie, zu denen die Kultur der Erinnerung an den Holocaust oder die besondere Beziehung Deutschlands mit Israel gehört, sind für den Antisemitismus mitverantwortlich.

Antisemitismus kann in dieser Darstellung gar als eine systemkritische Widerstandsform umgedeutet und dadurch verharmlost werden. Damit setzen die Verfasser – wenn auch ungewollt – die Schlusstrich-Debatten etwa eines Martin Walser (Erinnerung an den Holocaust als „Moralkeule“) fort – und das 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und 50 Jahre nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel.

Ebenso ist anzumerken, dass die Entkopplung der Themenbereiche Nahost-Konflikt und Antisemitismus es beinahe unmöglich machen würden, jüdenfeindliche Angriffe etwa von Muslimen noch als solche zu definieren, ohne dass diese umgehend in Bezug auf Israels Politik relativiert würden.

Diesbezüglich wäre eine spezifischere Analyse verbreiteter jüdenfeindlicher Stereotype und Ressentiments hilfreich, die auf Basis der „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ eine genauere Unterscheidung zwischen Israelkritik und Judenhass vornimmt.

## Antisemitismus unter Muslimen – ein Produkt des Rassismus?

Akteuren aus dem Bildungsbereich, die durch ihre alltäglichen Erfahrungen über ein breites Spektrum antisemitischer Einstellungen in der muslimischen Community berichten (Verschwörungstheorien, religiös argumentierter Antisemitismus, Verleugnung des Holocaust, überspitzte Israelkritik) wird von den Autoren bereits vorab eine „*sehr zugespitzte Meinung*“ attestiert (S. 42).

Demgegenüber werden Ansichten als vorbildlich gegenübergestellt, die das Thema der Rassismus-Erfahrung betonen. Diese „*anerkenntnisbasierte Position*“ betrachte das Thema Antisemitismus „*auch in Auseinandersetzung mit dem Rassismus in der Mehrheitsgesellschaft*“ (S. 42).

Die Autoren beziehen sich dabei auf Theorien, die besagen, dass Muslime sich auf Grund ihrer rassistisch bedingten Abwertung und Ausgrenzung in der Gesellschaft eine „*Vergleichsgruppe*“ (also Juden) heranziehen würden, um sich damit selbst aufzuwerten (S. 87). Diese Erklärungsansätze laufen jedoch Gefahr, Verständnis für antisemitische Reaktionen zu erzeugen.

Die Autoren drücken in diesem Zusammenhang eine starke Empathie für eine palästinensische Perspektive aus, die in der Studie nicht durch israelische Perspektiven ergänzt wird. So wird der Antisemitismus bei Palästinensern zum Beispiel durch biographische Hintergründe erklärt. Feindschaft gegenüber Juden wird beispielsweise auf „*unmittelbare eigene leidvolle Erfahrungen bzw. auf Erfahrungen der Eltern- und Großelterngeneration im nahöstlichen Konfliktgeschehen*“ zurückgeführt (S. 89).

In diesem Zusammenhang vermischt die Studie verschiedene Kontexte in problematischer Weise („Juden“ und „Israelis“). Dies könnte so weit führen, für Angriffe auf Juden in Europa ein Erklärungsmuster zu schaffen. Zugleich wird mit dieser Darstellung der heutigen Generation in Deutschland lebender Palästinenser die Verantwortung für ihr Handeln in Bezug auf antisemitische Äußerungen oder Straftaten abgesprochen.

Die Überbetonung vermeintlich erklärender Faktoren des Antisemitismus in muslimischen Milieus (z.B. Rassismus) verschleiert Ursache und Wirkung und geht damit einer adäquaten Problembeschreibung aus dem Weg.

Studien, die etwa auf den Antisemitismus bei Jugendlichen mit arabischem oder türkischem Hintergrund aufmerksam machen, wird von den Autoren grundsätzlich unter Verweis auf andere Erklärungsmuster, wie sozialer Hintergrund oder Diskriminierungserfahrungen, zurückgewiesen.

Dabei geben die in der Studie zitierten Untersuchungen selbst genug Hinweise darauf, dass das Thema Antisemitismus in muslimischen Milieus eine reale Basis hat. Die jüngste Studie der „Fondation pour l’Innovation Politique“ (FONDAPOL) aus Frankreich bemisst etwa unter den befragten Muslimen eine 61-prozentige Zustimmungsrate zu der Aussage, die Juden würden zu viel Einfluss auf die Medien ausüben (dicht gefolgt von Anhängern etwa des Front National).

Eine aktuelle Medienanalyse türkischer Nachrichtenquellen durch die Hrant Dink Foundation ergab, dass die jüdische Minderheit neben den Armeniern am häufigsten Ziel von Anschuldigungen und Beleidigungen ist.<sup>5</sup> Eine weitere Untersuchung aus der zweiten Jahreshälfte von 2014 ergab, dass 69 Prozent der befragten Türken negative Einstellungen Juden gegenüber teilen.<sup>6</sup> Zwar können diese beiden Untersuchungen nicht simultan auf die Einstellungsmerkmale der türkischen Minderheit in Deutschland übertragen werden, doch decken sich diese Ergebnisse mit Untersuchungen in Deutschland.<sup>7</sup>

Durch die Theorie, den Antisemitismus in muslimischen Kreisen hauptsächlich als Resultat des Rassismus zu begründen, wird die Existenz klassischer und gefährlicher antisemitischer Stereotype in diesen Bezugsgruppen relativiert. Zudem bleibt die Studie einen Beweis für ihre Theorie schuldig, dass Antisemitismus nur dann reduziert werden könne, wenn dieser im Rahmen allgemeiner Anti-Rassismus-Programme behandelt werde.

Statt den thematischen Zugang über Fragen gemeinsamer Werte zu schaffen, laufen solche Ansätze, die zuallererst Diskriminierungserfahrungen betonen, Gefahr, Identitäten negativ zu besetzen. Damit kann leicht ein vermeintlicher Opfer-Status zementiert werden, statt die Chance zu nutzen, positive Vorbilder von Teilhabe in einer pluralen Demokratie in den Mittelpunkt zu stellen.

Die Studie verkennt in diesem Zusammenhang, dass sich die gesellschaftliche Realität in Deutschland in den letzten Jahren rapide verändert hat. Vertreter verschiedener Minderheiten übernehmen verstärkt verantwortungsvolle Positionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und beweisen damit, dass es keinen Determinismus „Minderheit=diskriminiert=antisemitisch“ gibt. Begreift man etwa die Muslime in Deutschland nicht per se als Subjekte gesellschaftlicher Diskriminierung, sondern als mündige Bürger mit denselben Rechten und Pflichten wie alle anderen, dann heißt dies im Umkehrschluss auch, dass sie für den Kampf gegen Antisemitismus als Teil der Gesellschaft mitverantwortlich sind. Außerdem erschwert diese Sichtweise die Chance, innerhalb der muslimischen Gemeinschaften Verbündete im Kampf gegen Antisemitismus zu gewinnen. Pädagogische Experten weisen an dieser Stelle auch auf die Gefahr hin, dass die Fokussierung auf allgemeinen Rassismus (z. B. Abwehr „des Fremden“) die spezifischen jüdenfeindlichen Stereotype (z. B. Verschwörungstheorien) nicht selten ausklammert und wenig zur Aufklärung beiträgt.

In der Studie wird daher unnötig eine Hierarchisierung der Probleme Rassismus und Antisemitismus vorgenommen, die den falschen Rückschluss zulassen könnte, dass nicht mehr, sondern weniger Programme gegen Antisemitismus notwendig seien. Beide Phänomene brauchen jedoch gezielte Antworten, die auf die spezifischen Probleme unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen und Milieus eingehen.

5 Sokol, Sam (2015): Study: anti-Semitism most common prejudice in Turkish media, The Jerusalem Post (online), 6. Januar 2015: [www.jpost.com/Diaspora/Study-anti-Semitism-most-common-prejudice-in-Turkish-media-386882](http://www.jpost.com/Diaspora/Study-anti-Semitism-most-common-prejudice-in-Turkish-media-386882) (29. Januar 2015)

6 Ebd.

7 Vgl. Jikeli, Günther (2012): Antisemitismus und Diskriminierungswahrnehmungen junger Muslime in Europa. Essen, Klartext Verlag.

# RESÜMEE

Die Studie „Antisemitismus als Problem und Symbol“ des Zentrums für Antisemitismusforschung der TU Berlin stellt mit ihren Ausführungen sowohl die zivilgesellschaftliche als auch die politische Arbeit zum Thema Antisemitismus grundlegend in Frage. Statt eine detaillierte Analyse antisemitischer Vorfälle und entsprechender Handlungsstrategien vorzunehmen, verschiebt die Studie ihren Schwerpunkt auf eine grundlegende Kritik an der Bekämpfung des Antisemitismus und verkennt dabei die Gefahren des Antisemitismus für die Demokratie und die Sicherheit jüdischen Lebens.

Die wissenschaftlichen Schwachstellen dieser Studie, der Mangel an einer adäquaten Problembeschreibung, die anti-israelische und politische Orientierung sowie die ausbleibende detaillierte Projektauswertung stellen nach Ansicht des AJC Berlin Ramer Institute die Nützlichkeit der Studie für Politik und Zivilgesellschaft in Frage.

Vor dem Hintergrund der antisemitischen Anschlagsserie in den vergangenen zwei Jahren, welche die jüdische Gemeinschaft Europas in besonderer Weise verunsichert hat, mangelt es der Studie an entsprechender Sensibilität im Umgang mit den Betroffenen des Antisemitismus. Der starke Fokus auf die angeblichen Opfer des Antisemitismusvorwurfs setzt nicht nur einen unangebrachten Schwerpunkt, sondern verdreht auch Ursache und Wirkung des Antisemitismus.

Positiv am Bericht hervorzuheben ist dessen Plädoyer für eine bessere polizeiliche Einordnung antisemitischer Straftaten. Denn erst auf Basis einer genauen Problemerkennung können gezieltere Gegenmaßnahmen initiiert werden. Ebenfalls von Wichtigkeit ist die Darstellung der schlechten und instabilen Arbeitsbedingungen zahlreicher NGOs und Initiativen in diesem Bereich.

Dieser Zustand wäre allerdings auch ohne eine aufwändige Studie, dessen Untersuchungszeitraum sich auf drei Jahre erstreckte, leicht feststellbar gewesen. So ist die Diskussion hierüber bereits seit längerer Zeit fester Bestandteil der „Task Force: Education on Antisemitism“.

Dieses Netzwerk führender NGOs und pädagogischer Experten trifft sich seit 2002 regelmäßig beim AJC Berlin Ramer Institute, um sich über Programme zur Antisemitismus-Bekämpfung, zur Holocaust-Erziehung, zum Israel-Bild in der deutschen Schullandschaft und zur Darstellung jüdischen Lebens in Geschichte und Gegenwart auszutauschen. Statt die Politik und zivilgesellschaftliche Akteure in ihrer Arbeit gegen Antisemitismus durch konkrete Handlungsempfehlungen wirksam zu unterstützen, stellt die Studie durch zum Teil tendenziöse Begrifflichkeiten die Ansätze verschiedener NGOs in Frage. Gegenüber jüdischen Organisationen und Perspektiven wird zudem eine mangelnde Empathie deutlich, die sogar darin mündet, das Problem des Antisemitismus in seiner Bedeutung zu relativieren.

## Neue Impulse und Handlungsschritte

Die Studie hat die Chance vertan, neue Impulse zur Behandlung dieses Themas zu setzen. Folgende Schritte wären daher aus der Sicht des AJC Berlin Ramer Institute notwendig, um Bildungsträger, Lehrkräfte und Personal im Bereich der Polizei und der Justiz Orientierung, Hilfestellung und Konzepte zu vermitteln, die sie in ihrer täglichen Arbeit einsetzen könnten:

- Die Erstellung eines Praxishandbuchs, das in allgemein verständlicher Sprache anhand konkreter Beispiele Grenzüberschreitungen zum Antisemitismus deutlich macht.
- Hintergrundinformation und Handlungsstrategien gegen Antisemitismus als Standards in die Ausbildung von Lehrern, Polizisten, Justizbehörden und anderen Beamten integrieren. Hierbei muss die Ausprägung des Antisemitismus in unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Gruppen berücksichtigt werden. Wichtig zu vermitteln ist auch, dass die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus eine Verteidigung demokratischer Grundwerte darstellt und damit alle in der Gesellschaft betrifft.
- Programme gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben in Geschichte und Gegenwart breitflächig in die schulische Praxis übertragen.
- Die hinreichende Ausfinanzierung entsprechender Initiativen und eine Veränderung der Förderpraxis weg vom Modellcharakter hin zur Regelförderung sichern.
- Die systematische Anwendung der „Arbeitsdefinition Antisemitismus“, die nicht nur internationale Anwendung findet, sondern auch durch den Deutschen Bundestag als richtungsgebend anerkannt wurde, in der Arbeit der Behörden und der Polizei durchsetzen.

- Die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Erfassung antisemitischer Delikte, die unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Initiativen und jüdischer Organisationen Kriterien für eine zielgerichtete Erfassung antisemitischer Straftaten und Propagandadelikte erarbeitet und damit das bestehende polizeiliche Erfassungssystem reformiert.
- Die Implementierung der Ergebnisse der Deutsch-Israelischen Schulbuchkommission in die Bildungspläne der Länder, um Stereotype über Israel abzubauen und vielfältigere Perspektiven zu vermitteln.

Wie die letzten Tage, Wochen und Monate uns gezeigt haben, ist der Antisemitismus leider fester Bestandteil unserer Gesellschaft. Jüdische Einrichtungen sind dabei ein besonderer Fokus antisemitischer Terroranschläge. Juden in Deutschland und anderswo in Europa sind angesichts dieser Realität verunsichert, als Juden wahrnehmbar in der Öffentlichkeit aufzutreten. Unser demokratisches Verständnis darf es nicht erlauben, diesen gefährlichen Umstand unbeantwortet zu lassen.

Aus verständlichen Gründen schauen viele Europäer auf das, was in Deutschland im Bereich der Antisemitismus-Bekämpfung passiert. Auch deswegen ist es wichtig, die existierende und wachsende Zahl von Initiativen und Personen in diesem Bereich zu fördern, auch um eine engere Vernetzung mit Politik und Wissenschaft zu ermöglichen. Die Vielfalt an zivilgesellschaftlichen Initiativen und das Engagement jüdischer Organisationen stellen dabei keineswegs ein Hindernis dar, sondern sind Ausdruck einer lebendigen demokratischen Kultur, die das größer werdende Problem des Antisemitismus rechtzeitig erkannt und hieraus die entscheidende Schlussfolgerung, dass Antisemitismus durch nichts zu rechtfertigen und zu relativieren ist, gezogen hat.

**Wir ermutigen daher den Bund und das Land Berlin, ihre Bemühungen in diesem Bereich wesentlich auszubauen, um den Kampf gegen Antisemitismus auf eine noch breitere gesellschaftliche Basis zu stellen.**

**Herausgeber:**

**AJC Berlin Ramer Institute for German-Jewish Relations**

Leipziger Platz 15  
10117 Berlin

Redaktion: Deidre Berger & Fabian Weißbarth  
Assistenz: Juliane Hüber  
Fotos: Fabian Weißbarth

V. i. S. d. P. Deidre Berger  
Veröffentlichung: 4. Februar 2015

**[www.ajcberlin.org](http://www.ajcberlin.org) | [www.ajc.org](http://www.ajc.org)**